

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Literaturverzeichnis	9
Abkürzungsverzeichnis	15
Entscheidungsverzeichnis	19
Einleitung	24
Erster Teil	
Überblick über die geschichtliche Entwicklung des Rechts auf den gesetzlichen Richter.	
I Das Recht auf den gesetzlichen Richter bis zur Weimarer Reichsverfassung	25
II Das Recht auf den gesetzlichen Richter in der Weimarer Reichsverfassung	26
III Das Recht auf den gesetzlichen Richter im Bonner Grundgesetz	27
Zweiter Teil	
Die verfassungsrechtliche Bedeutung des Gebots, niemand seinem gesetzlichen Richter zu entziehen	
I Der Begriff des gesetzlichen Richters im Sinne des Art. 101 Abs. 1 S. 2 GG	28
1. der funktionelle Richterbegriff	28
2. der personelle Richterbegriff	29
3. die Definition des gesetzlichen Richters	32
II Der durch Art. 101 Abs. 1 S. 2 GG geschützte Personenkreis	32
	5

III	Das Gebot, niemand seinem gesetzlichen Richter zu entziehen	Seite 32
1.	das Erfordernis eines im voraus gesetzlich bestellten Richters	33
2.	der Tatbestand des Entziehens	33
a)	die verfassungswidrige Richterentziehung	33
b)	die verfahrensrechtliche Richterentziehung (error in procedendo)	33
c)	Zusammenfassung	35
3.	die Gewährleistung des gesetzlichen Richters im Rahmen einer konkreten Zuständigkeitsordnung	35
4.	der durch die geltenden Verfahrensordnungen verursachte Widerstreit zwischen den Belangen der Rechtssicherheit und der materiellen Gerechtigkeit	36
5.	Zusammenfassung	36

Dritter Teil

Die verfahrensrechtliche Ausgestaltung des Gebots, niemand seinem gesetzlichen Richter zu entziehen

I	in den Vorschriften über die sachliche Zuständigkeit	37
1.	die verschiedenen Möglichkeiten, die sachliche Zuständigkeit zu regeln	37
2.	die ursprüngliche Regelung der sachlichen Zuständigkeit im GVG	38
3.	die geltende Regelung im Sinne einer konkreten (beweglichen) Zuständigkeitsordnung	38
4.	die Wahlzuständigkeit der Staatsanwaltschaft	39
a)	die geschichtliche Entwicklung der Wahlzuständigkeit und ihre jetzige Regelung in den §§ 24—26 GVG	39
b)	die Behandlung der Wahlzuständigkeit in der Rechtsprechung	44
c)	die Behandlung der Wahlzuständigkeit in der Rechtslehre	49
d)	Stellungnahme zur Vereinbarkeit der Wahlzuständigkeit der Staatsanwaltschaft mit Art. 101 Abs. 1 S. 2 GG	53
II	in den Vorschriften über die Geschäftsverteilung	59
1.	die Regelung der Geschäftsverteilung bei den Amtsgerichten, den Landgerichten und den Oberlandesgerichten	59

a) Kriterien für die vom Präsidium vorzunehmende Verteilung der Geschäfte unter die Kammern	Seite 59
b) Gerichtliche Nachprüfbarkeit der Gesetzmäßigkeit der Aufstellung und Abänderung des Geschäftsverteilungsplans	64
2. die Regelung der „Geschäftsverteilung“ bei dem Schwurgericht	65
a) Kriterien für die von dem Präsidium des Oberlandesgerichts bzw. des Landgerichts vorzunehmende Besetzung des Schwurgerichts	65
b) die Zulässigkeit außerordentlicher Tagungen	67
III in den Vorschriften über die vorschriftsmäßige Besetzung der Kollegialgerichte	69
1. die rechtliche und tatsächliche Eignung der im erkennenden Gericht mitwirkenden Richter	70
2. die Zulässigkeit der Überbesetzung der Kollegialgerichte	72
a) die gesetzlichen Grundlagen	72
b) die von der Rechtsprechung für die Zulässigkeit der Überbesetzung vorgetragenen Argumente	73
c) die in der Rechtslehre vertretene Auffassung zur Frage der Zulässigkeit der Überbesetzung	75
d) die im verwaltungsgerichtlichen Verfahren für den Fall der Überbesetzung getroffene gesetzliche Regelung	78
e) Übertragbarkeit der verwaltungsgerichtlichen Regelung auf die Verfahren aller Gerichtszweige	79
f) Zusammenfassung	81
3. Stellung und Aufgaben des Vorsitzenden	81
a) die im Interesse einer vorschriftsmäßigen Besetzung an den Direktor (Senatspräsidenten) als Vorsitzenden einer ordentlichen Kammer (Senat) zu stellenden Anforderungen	81
b) die im Interesse einer vorschriftsmäßigen Besetzung an den Landgerichtspräsidenten bzw. Oberlandesgerichtspräsidenten als Vorsitzenden eines Spruchkörpers zu stellenden Anforderungen	83
c) die an die Führung des Vorsitzes in einer Hilfsstrafkammer zu stellenden Anforderungen	86
d) die an die Führung des Vorsitzes in einer Ferienstrafkammer zu stellenden Anforderungen	88
e) die an die Führung des Vorsitzes in einer auswärtigen Kammer zu stellenden Anforderungen	88

	Seite
4. Die Vertretung des verhinderten Vorsitzenden . . .	90
a) der Begriff der Verhinderung	91
b) Vertretung nur im Fall vorübergehender Verhinderung	91
c) Abgrenzung zwischen vorübergehender und dauernder Verhinderung	92
d) die zur Vertretung berechtigten Richter	94
5. Die Vertretung der verhinderten Kammermitglieder	95
a) Zuständigkeit für die Feststellung der Verhinderung	95
b) Voraussetzungen für die Bestimmung eines zeitweiligen Vertreters	96
6. Die ordnungsmäßige Bildung und Zusammensetzung des Präsidiums	96
7. Die Zulässigkeit der Mitwirkung von Hilfsrichtern bei einer gerichtlichen Entscheidung	99
a) die im Deutschen Richtergesetz getroffene Regelung	99
b) die von der Rechtsprechung zur Zulässigkeit der Mitwirkung von Hilfsrichtern entwickelten Grundsätze	100
aa) Beschränkung auf ein notwendiges Mindestmaß	100
bb) Verwendung von Hilfsrichtern zur Befriedigung eines vorübergehenden Bedürfnisses	100
cc) zahlenmäßige Begrenzung der bei einem Gericht insgesamt beschäftigten Hilfsrichter unter Berücksichtigung der Dauerbelastungen	104
dd) zahlenmäßige Begrenzung der im erkennenden Gericht mitwirkenden Hilfsrichter	105
ee) Stellungnahme	106
c) Zusammenfassung	110
8. Die Wahl der ehrenamtlichen Richter und ihre Mitwirkung im Kollegialgericht	110
a) die Festlegung der Reihenfolge der Schöffen	
b) die Änderung der vorherbestimmten Reihenfolge der Schöffen	111
c) die Zuziehung von Schöffen zu außerordentlichen Sitzungen	111
d) die Abgrenzung der außerordentlichen Sitzung von der ordentlichen Sitzung	112
e) die Verhinderung eines Schöffen an der Wahrnehmung einer einzelnen Sitzung	113
f) die dauernde Verhinderung eines Schöffen	114
Schlußbetrachtung	116